

DIE LINKE.

in der Wetterau

Kandidaten der Linken

Am 22. September 2013 finden Bundestagswahlen und Landtagswahlen statt.



Gabi Faulhaber aus Karben ist Bundestagsdirektkandidatin der Linken im Wetteraukreis.

Auf Seite 5 stellen sich die Kandidaten für die Landtagswahl vor.

Nidda: Abzocke beim Abwasser

Die Gebühren für Abwasser wurden teilweise um 200 Prozent und mehr erhöht!

Lesen Sie Seite 6

Mietobergrenzen sind unrealistisch!

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp und die Mieten steigen stetig. Mit den Mietobergrenzen des Wetteraukreises wird einkommensschwachen Menschen eine unglaubliche Belastung bei der Wohnungssuche zugemutet. Doch die Verantwortlichen bleiben untätig!

Menschen mit niedrigem Einkommen finden kaum eine bezahlbare Wohnung. Das trifft verschärft für Menschen im Hartz4-Bezug zu.

Für Arme gilt in der Wetterau seit 2011 das so genannte „Schlüssige Konzept“ der Mietobergrenzen. Das Konzept deckelt die Mietzuschüsse vom Jobcenter oder Sozialamt. Doch diese Mietobergrenzen sind unrealistisch. Besonders im Westkreis.

DIE LINKE. beantragte im

Kreistag, eine Anhebung und darüber hinaus eine jährliche Anpassung der Mietobergrenzen an die realen Mieten.

DIE LINKE. hat über ein halbes Jahr die Mietangebote in Zeitungen ausgewertet. Insgesamt beträgt die Datenbasis mehr als 2000 Wohnungen.

Dabei wurde festgestellt: Im Raum Karben/ Rosbach liegen die durchschnittlichen Quadratmeterpreise

Fortsetzung auf Seite 4

Wie das Jobcenter Menschen schikaniert:

Eine Million Sanktionen

Lesen Sie Seite 3

Friedberg: Housing-Area in Eigenregie bebauen!

In Friedberg ist Wohnraum knapp und der Bedarf groß. Deswegen kaufte die Städtische Wohnungsbaugesellschaft einen Teil der „Housing-Area“ - mit Unterstützung der Stadt. Der Bürgermeister versprach eine soziale und ökologische Entwicklung des Viertels. Doch nun werden Teile des Geländes an Investoren verkauft - für Sozialwohnungen wird fast nichts getan.

Sven Weiberg, linker Stadtverordneter in Friedberg, beantragte, dass die Stadt dort in Eigenregie Wohnraum entwickelt: für Studierende und einkommensschwache Haushalte. Weiberg denkt an einen Mix aus Einzimmer-Appartments und WG-geeigneten Mehrraumwohnungen. Außerdem sollte auf der Fläche ein Nullenergieviertel entstehen.

Sozialtarif für Strom!

Die OVAG erhöhte zum Jahresbeginn 2013 die Strompreise um 13 Prozent. Ausgerechnet die zukunfts-fähigen erneuerbaren Energien müssen derzeit als Sündenbock für Strompreiserhöhungen herhalten. Während die Verbraucher die Energiewende fast allein bezahlen, stehlen sich energiefressende Unternehmen aus der Verantwortung. Laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sind derzeit bereits 700 Unternehmen von der

Ökostromumlage befreit. Weitere 2000 Unternehmen haben für 2013 einen Antrag auf Befreiung gestellt.

Soziale Verantwortung zeigen

Die OVAG - als Unternehmen in kommunalem Besitz - sollte soziale Verantwortung zeigen und einen Sozialtarif einführen. Mit einem Zuschuss könnten einkommensschwache Haushalte zum Kauf energiesparender Elektrogeräte ermuntert werden. Das gab es früher schon einmal.

Nicht Wein trinken und Wasser predigen

Im Kreistag reden SPD und CDU ständig über Sparmaßnahmen - doch in der Verbandsversammlung des ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) erhöhten sie mit ihrer Mehrheit das Budget für ihre Fraktionen. Auch die Sitzungsanzahl wurde auf 24 pro Jahr erhöht. Erst in der vergangenen Wahlperiode war die Zahl der Sitzungen von 12 auf 20 aufgestockt worden. Und die teilnehmenden Fraktionsmitglieder erhalten pro Sitzung eine Aufwandsentschädigung von 80 Euro. Dazu kommt einmal jährlich eine zweitägige Fraktionsklausur, die 240 Euro pro Person kostet. Die Mehrkosten des Beschlusses könnten bei insgesamt 25 000 Euro liegen.

Man kann nicht Wasser predigen und Wein trinken!

Folge 3:

Eine Million Sanktionen

Das Jahr 2012 brachte einen traurigen Rekord: 1 017 000 Hartz4-Empfängern wurden Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen. Diese Sanktionen werden oft wegen Lappalien verhängt.

Jobcenter können Hartz4-Empfängern Leistungen kürzen, wenn sie Auflagen nicht erfüllen. „Selber schuld“, könnte man jetzt denken, „warum erfüllen sie die Auflagen denn nicht?“ Doch so einfach ist das nicht.

Unterlagen verschwinden

Ein junger Mann wird auf 0 sanktioniert. Das heißt: er bekommt überhaupt nichts. Auch keine Miete. Warum? Angeblich hat er fünf Krankmeldungen nicht abgegeben. Doch er konnte beweisen, dass er vier Exemplare rechtzeitig übergeben hatte. Nur die erste konnte er nicht belegen. Er hatte sie ohne Eingangsbestätigung abgegeben.

Kein Pardon!

Ein anderer Mann wurde zu einer Arbeitsmaßnahme geschickt. Der Chef versäumte, einen Anwesen-

heitsbeleg ans Jobcenter zu senden. Die Sachbearbeiterin glaubte nicht, dass der Mann dort war. Sie verlangte die sofortige Vorlage. Doch dem Mann gelang es nicht, den Beleg zu bekommen. Er wurde von der Firma getröstet. Daraufhin wurden ihm sämtliche Hilfen gestrichen.

„Seien Sie flexibel!“

Ein weiterer Fall: ein Mann soll eine Stelle bei Gießen annehmen. Er wohnt im östlichen Wetteraukreis und hat keinen Führerschein. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist das nicht zu machen. Besonders weil dort Schicht gearbeitet wird. Außerdem wären die Fahrtkosten so hoch, dass der Miniverdienst zur Hälfte aufgebraucht würde. Er lehnt diese Anforderung ab und möchte eine Arbeit in der Nähe annehmen. Doch man

sagt ihm, der Weg sei zumutbar und er sei arbeits-scheu. Zuerst werden 60 Prozent der Hilfe gestrichen, dann alles. Obwohl der Mann grundsätzlich leistungsberechtigt blieb, strich man ihm rechtswidrig auch noch die Krankenkassenbeiträge.

Hartz4-Sanktionen sind verfassungswidrig!

Das Bundessozialgericht hat festgestellt, dass es sich bei der Grundsicherung von 382 Euro um das Existenzminimum handelt. Das kann nicht weiter unterschritten werden. Doch es ist in den Jobcentern gängige Praxis, Leistungen zu kürzen.

Folgen für alle arbeitenden Menschen

Unter dem Druck von Sanktionsandrohungen müssen die Betroffenen schlecht bezahlte Jobs annehmen. Ohne es zu wollen, wirken sie als Lohndrücker. Hartz4 ist eine Disziplinierungsmaßnahme gegen arbeitende Menschen. Arbeitsverdichtung, Arbeitshetze und berufsbedingte Krankheiten sind die Folge.

Mietobergrenzen sind unrealistisch!

0,86 Euro über den vom Wetteraukreis genehmigten 6,42 Euro. Im Raum Bad Vilbel/Friedberg/Bad Nauheim gibt der Kreis eine Obergrenze von 5,81 Euro an. Real werden durchschnittlich 7,51 Euro verlangt. Also 1,70 Euro mehr! **Im zweiten Halbjahr 2012 gab es in Bad Vilbel nur ein einziges Wohnungsangebot zu diesem Preis.**

DIE LINKE. fordert einen Mietspiegel

Einen qualifizierten Mietspiegel gibt es in der Wetterau nicht. Es gibt lediglich das „Schlüssige Konzept“ der Mietobergrenzen.

Was ist der Unterschied? Ein Mietspiegel verschafft einen Überblick über den Wohnungsmarkt, weil er die vorhandenen Wohnungsangebote vergleicht.

„Schlüssiges Konzept“ klingt zwar gut, kaschiert aber die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Es wird

nämlich der gesamte Wohnungsbestand als Datenbasis zu Grunde gelegt. Das bedeutet, es werden auch Wohnungen aufgenommen, in die man gar nicht einziehen kann, weil sie schon vermietet sind. Das sind zum Beispiel Wohnungen, die bereits vom Jobcenter bezahlt werden oder bei Wohnungsbaugesellschaften. Diese Mieten liegen zum Teil weit unter den heutigen Mietpreisen.

Im Konzept des Wetteraukreises wurden 89,5% bewohnte Wohnungen ausgewertet und nur zu 10,5% freie Wohnungen. Eine solche Herangehensweise verzerrt die tatsächliche Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Folge: Jobcenter und Sozialamt richten sich nach Mietobergrenzen, für die auf dem Wohnungsmarkt **keine** Wohnungen zu haben sind. Bedürftige erhalten viel zu niedrige Mietzuschüsse und müssen die Differenz aus ihrer Grundsicherung zahlen. Das entspricht nicht der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts!

Wetteraukreis verzichtet auf Geld für den sozialen Wohnungsbau

46,5 Millionen Euro stellte die Landesregierung über die WiBank für den Neubau und die Modernisierung von Sozialwohnungen zur Verfügung. Frankfurt, Wiesbaden, Groß-Gerau, Offenbach und Darmstadt haben Mittel angefordert. Doch der Wetteraukreis rief keine Mittel ab.

Mietobergrenzen im Wetteraukreis

Raum 1: Karben/Rosbach 6,42 Euro ● Raum 2: Bad Vilbel/Friedberg/Bad Nauheim 5,81 Euro ● Raum 3: Altstadt/Büdingen/Butzbach/Nidda/Ober-Mörlen/Reichelsheim/Wölfersheim/Wöllstadt 5,22 Euro ● Raum 4: Echzell/Florstadt/Glauburg/Limeshain/Münzenberg/Niddatal/Ortenberg/Ranstadt/Rockenberg 5,37 Euro ● Raum 5: Gedern/Kefenrod/Hirzenhain 4,41 Euro

Das sind die LINKEN Kandidaten:



Gabi Faulhaber

Direktkandidatin für die Bundestagswahl am 22. September 2013

Original sozial

Wenn im Herbst gewählt wird, entscheiden Sie auch darüber, ob es eine wirksame Opposition im Bundestag und im hessischen Landtag geben wird. Wer seine Steuern nicht gleich an die Banken zahlen will, sollte *DIE LINKE*. wählen. Alle anderen Parteien betreiben Sozialabbau, stehen für Leiharbeit, Niedriglohn und privatisieren öffentliches Eigentum. Nur *DIE LINKE*. garantiert, dass Sozialpolitik eine Stimme hat.



Rudi Kreich

Assenheim, Landtagskandidat für den Wahlkreis 25



Maik Otte

Friedberg, Ersatzkandidat für den Wahlkreis 25



Karl-Heinz Haas

Nidda, Landtagskandidat für den Wahlkreis 26



Claus Höpp

Nidda, Ersatzkandidat für den Wahlkreis 26



Ricardo Herbst

Friedberg, Landtagskandidat für den Wahlkreis 27



Peter Zeichner

Rockenberg, Ersatzkandidat für den Wahlkreis 27

Wasser ist keine Ware!

Die Europäische Union will das Wasser privatisieren. Sozialisten, Christdemokraten und Liberale stimmten für eine Konzessionsrichtlinie, die eine Privatisierung ermöglicht.

Die Vergabe von Konzessionen (Nutzungsrechten) müssen ab einer Auftragshöhe von acht Millionen Euro europaweit ausgeschrieben werden. Das heißt, Stadtwerke und kommunale Zweckverbände müssten sich nun ebenfalls um Wasserkonzessionen bewerben. Sie müssten mit großen, europa- und weltweit tätigen privaten Konzernen konkurrieren. Das können sie nicht.

Europäische Negativbeispiele

Die neue Richtlinie enthält bis jetzt keine sozialen Kriterien oder gar eine Verpflichtung zur Tariftreue. Da viele Gemeinden verschuldet sind, wird das Druck erzeugen, Konzessionen an private Bieter zu vergeben. England ist hier ein Negativbeispiel: die priva-

ten Unternehmen sparen bei Investitionen in das Leitungssystem. Deshalb kommt es häufig zu Rohrbrüchen. Oder auch Portugal: Dort stieg nach der Privatisierung der Wasserpreis um 400 Prozent!

Den Preis der Privatisierung zahlen die Arbeitnehmer durch Druck auf die Löhne, die Bürger durch explodierende Wasserpreise und

Fortsetzung von Seite 1

Nidda: Abzocke beim Abwasser

Die Gebühren für Abwasser erhöhen sich in Nidda teilweise um 200 bis 300 Prozent. Außerdem wurde eine nebulöse Grundgebühr von 100 Euro eingeführt. DIE LINKE. fordert eine lückenlose Darlegung der Gebührekalkulation!

Es ist kaum anzunehmen, dass es eine solche Abzocke gegeben hätte, wenn der Abwasserbereich noch der Stadt Nidda gehören würde. Die warnenden Stimmen beim Verkauf der Wasseranlagen an den ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) haben wohl recht behalten. Die damalige Bürgermeisterin Putrich und

die Kommunen mit dem Verlust eines wichtigen Teils der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Zehntausende Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift dagegen verwahrt.

Wollen Sie sich wehren?

Ver.di organisiert eine Kampagne unter: <https://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht/++co++1d5e28cc-b943-11e1-7bb4-0019b9e321cd>

die CDU Mehrheit wollten den Haushalt „verschönern“ und die pro-Kopf-Verschuldung auf ein paar hundert Euro drücken.

Jetzt kommt es knüppeldick für die Bürger. Der ZOV nimmt auf ihre Situation kaum Rücksicht. Die beiden Niddaer Vertreter im ZOV haben offensichtlich dieser Abzocke auch nicht widerprochen.



Endlich: Wetteraukreis übernimmt Verantwortung für das Jobcenter

Die beharrliche Arbeit der linken Fraktion erreichte im Kreistag einen Erfolg. Auf der letzten Sitzung 2012 wurde ein Antrag verabschiedet, mit dem der Kreis Verantwortung für das Jobcenter übernimmt. Zweimal jährlich wird sich nun der Ausschuss für „Jugend, Soziales und Gesundheit“ mit den geplanten Arbeitsförderungsprojekten im Jobcenter beschäftigen.

Der Kreisausschuss soll mit Zielvereinbarungen auf einen besseren Service hinwirken.

Die Bundesagentur für Arbeit und der Wetteraukreis sind hälftig Mitgesellschafter beim Jobcenter. Es war einfach überfällig, dass sich der Kreis auch für „sein Haus“ interessiert. Doch die linken Kreistagsabgeordneten werden weiter darauf achten, dass sich der

Umgang mit den Hilfesuchenden auch nachhaltig verbessert. Betroffene beklagen die fehlende telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen, unauffindbare Unterlagen und lange Bearbeitungszeiten. Eingangsbestätigungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden. Auch die fragwürdige Sanktionierungspraxis muss unter die Lupe genommen werden.



Haben Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt?

Der Verein bietet ehrenamtlich Sprechstunden an.

Kommen Sie in den Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat von 14 bis 16 Uhr sind Sie herzlich willkommen!

linke-hartz4-hilfe-wetterau@web.de

Ein Schirmschirm für Menschen!

Im Januar gründeten Menschen, die selbst Erfahrungen mit Hartz4 gemacht haben den Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“.

Der Verein kooperiert mit der Partei *DIE LINKE*. Der Vorsitzende Werner Schulz sagt: „Die Linke ist die ein-

zige Partei, die sich gegen Hartz4 ausspricht. Alle anderen Parteien befürworten die Agenda 2010 und haben Leiharbeit, Niedriglöhne und andere prekäre Formen der Beschäftigung erst möglich gemacht.“

Der Verein hilft beispielsweise

se beim Ausfüllen von Formularen, begleitet bei Behördengängen und vermittelt weitergehende Hilfen.

Der Verein freut sich über neue Mitglieder und Spenden: Sparkasse Oberhessen, Konto 1027720362 BLZ: 518 500 79

So erreichen Sie **DIE LINKE**.

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi

Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

Ich möchte weitere Informationen über *DIE LINKE*.

Mich interessiert besonders das Thema:

Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE*. werden.

Name: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

e-mail: _____



Im Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23 (Foto) findet jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr die Sprechstunde der Fraktion statt. Kommen Sie doch mal vorbei!